



## Impulse gegen Rechtsextremismus

### Was uns verbindet, was uns zusammenhält.

Für eine demokratische und solidarische Gesellschaft!\*

#### Einleitung

Mit einer Konferenz in der Reihe „Vielfalt gestalten – Rassismus bekämpfen – Integration fördern“ im März 2010 knüpfte das Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung an seine bisherigen Initiativen an, den Kampf gegen Rechtsextremismus mit den Herausforderungen gesellschaftlicher Integration zu verbinden. Die gemeinsame Veranstaltung der beiden Projekte „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ und „Gesellschaftliche Integration“ lud unter der Überschrift „Was uns verbindet, was uns zusammenhält. Für eine demokratische und solidarische Gesellschaft!“ zum konstruktiven Dialog über konkrete Politik und gesamtgesellschaftliche Anstrengungen für mehr Integration, Solidarität und Demokratie ein.

„Von der Qualität und Integrationskraft unserer Demokratie hängt es letztlich ab, wie groß der Resonanzboden für Rechtsextremismus und andere Ausgrenzungsformen ist – und umgekehrt“, sagte *Nora Langenbacher*, die das Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ leitet, zu Beginn der Veranstaltung. Die Konferenz setze genau dort an, wo Debatten über gesellschaftliche Integration auf der einen und Rechtsextremismus auf der anderen Seite meist enden. Im Zuge beobachtbarer Tendenzen eines Auseinanderfallens der Gesellschaft unterstreichen Wortführer/innen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft einhellig die Notwendigkeit einer gesamtgesellschaftlichen Besinnung auf „zentrale Werte“. „Die-



An der Konferenz nahmen u.a. teil:

- *Andrea Nahles, MdB*, Generalsekretärin der SPD
- *Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer*, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld
- *Dr. Carsten Sieling, MdB*, Mitglied im Finanzausschuss
- *Prof. Dr. Claudia Neusüß*, Technische Universität Berlin
- *Dr. Ernst-Dieter Rossmann, MdB*, Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- *Susann Rüttrich*, Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen
- *Katja Mast, MdB*, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- *Wolfgang Uellenberg-van Dawen*, ver.di Bundesverwaltung

Diese Veranstaltung war eine **Kooperation** mit dem

PROJEKT  
**GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION**

\* Zusammenfassung einer Konferenz vom 9.3.2010 in Berlin

ser Ruf verhallt jedoch meist unbemerkt, und es bleibt offen, welche Werte wir brauchen und wie sie praktisch wirksam werden können“, so Langenbacher. Zudem seien Zusammenhänge zwischen rechtsextremer Mobilisierungsfähigkeit und nachlassender gesellschaftlicher Kohäsion vielfach belegt, zum Beispiel durch die FES-Studien „Vom Rand zur Mitte“ (2006) und „Die Mitte in der Krise“ (2010): „Auch wenn hier kein Automatismus besteht, sind beide Bereiche nicht nur zusammenzudenken, sondern die jeweiligen Gegenmaßnahmen auch praktisch miteinander zu verzahnen.“

Dazu leistete die Tagung einen Beitrag, indem sie Fachleute aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft miteinander ins Gespräch brachte, die üblicherweise in von-

einander getrennten Themenbereichen agieren. In Vorträgen, Arbeitsgruppen und einer Podiumsdiskussion wurden folgende Fragen thematisiert und mit rund 200 interessierten Teilnehmer/innen diskutiert: Wie steht es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Integration in Deutschland? Was hält unsere Gesellschaft zusammen – gerade in Zeiten der Krise? Brauchen wir eine Wiederkehr von Werten? Was fördert ein demokratisches und soziales Miteinander und wie lässt sich dies in konkrete Politik übersetzen? Wie könnten gesamtgesellschaftliche Anstrengungen für mehr Demokratie und Integration aussehen?

Die zentralen Ergebnisse dieses fruchtbaren Austauschs werden im Folgenden dargestellt.



Vortrag von Andrea Nahles, MdB

### **Ausgrenzung verhindern – gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten!**

„Wer Vielfalt gestalten, Rassismus bekämpfen und Integration fördern will, braucht eine lebendige Demokratie“, konstatierte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles in ihrem einführenden Vortrag. Deshalb zeigte sie sich besorgt über ernstzunehmende „Krankheitssymptome“ unseres demokratischen Gemeinwesens, benannte aber auch konkret, wie die Demokratie wieder mit mehr Leben erfüllt werden könnte.

#### **Diagnose und Therapie des „Patienten Demokratie“**

In Bezug auf westliche Gesellschaften möchte Nahles zwar nicht, wie der britische Politologe Colin Crouch, von „Postdemokratien“ sprechen, doch würden einige seiner

Thesen auch zu Tendenzen in Deutschland passen, die zu einer Aushöhlung der Demokratie führen.

#### ***Mehr Sinn statt Spin in der politischen Kommunikation***

So zeige sich zum Beispiel die Tendenz, dass zunehmend nicht Parteien, sondern Public Relations-Expert/innen darum konkurrierten, welche Themen und gesellschaftlichen Werte auf die öffentliche Tagesordnung gesetzt werden. Die politische Agenda sei dann nicht mehr Resultat einer lebendigen gesellschaftlichen Diskussion über Problemdefinitionen und Lösungsvorschlägen. Daher plädierte Nahles für „mehr Sinn statt Spin in der politischen Kommunikation.“

#### ***Bürger/innen als Agenda-Setter ernstnehmen***

Noch viel wichtiger für eine lebendige Demokratie sei es, dass die Bürger/innen nicht nur auf gesetzte Themen reagieren, sondern selbst die politische Tagesordnung be-

stimmen und ihren Interessen öffentlich Gehör verschaffen können. „Im Idealfall sollen die Bürgerinnen und Bürger die Agenda-Setter der Politik sein!“, meinte Nahles. Dabei reiche es allerdings nicht, diese Interessen anzuerkennen: „Die artikulierten Interessen müssen Politik auch wirklich verändern.“

### **Intransparenz des Regierens überwinden**

Nahles wies zudem darauf hin, dass der Vollzug von Politik durch gewählte Regierungen und Parlamente alleine noch keine lebendige Demokratie ausmache, denn: „Im Schatten politischer Inszenierungen wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht und muss sich in ihren Interessen der Öffentlichkeit gegenüber oft nicht ausweisen.“ Diese Intransparenz gehe auf Dauer an die Substanz von Demokratie.

Insgesamt, so Nahles, nährten die Erstarrungstendenzen im Inneren unseres demokratischen Gemeinwesens vorhandene Ohnmachtsgefühle auf Seiten der Bürger/innen, die – durchaus zu Recht – den Eindruck hätten, „immer weniger ausrichten und gestalten zu können.“ Diese Politikverdrossenheit sei sehr ernst zu nehmen, da sie oft den Keim für rassistische Denkweisen lege und damit die Demokratie bedrohe.

### **Für das Primat der Politik**

Das Gefühl der Bürger/innen, ihr eigenes Leben nicht in der Hand zu haben, sei durch die Wirtschafts- und Finanzkrise weiter verstärkt worden. Die lange Zeit vorherrschende Ideologie von der Überlegenheit des freien Marktes sei spätestens 2008 an ihr Ende geraten. „Ein Markt ohne politische Regulation ist volkswirtschaftlich und für die Einzelnen ein Desaster“, stellte Nahles fest. Dringend notwendig sei ein Mehr an demokratischer Re-

gulation: „Es darf in Deutschland keinen Betrieb und keine Börse geben, die sich nicht demokratischen Regeln unterwerfen muss.“ Dieses Ziel müsse erstritten und erkämpft werden. Das Primat der Politik müsse innerhalb der Gesellschaft, aber auch im internationalen Maßstab neu organisiert werden. Die Unterordnung der Politik unter wirtschaftliche Interessen würde dagegen bedeuten, die Postdemokratie zum Programm zu erheben und die Ohnmachtsgefühle der Bürger/innen systematisch zu befördern.

### **Dialog und Umsetzung der Werte Solidarität und Gerechtigkeit**

Nahles warb für einen offenen und ehrlichen Dialog mit den Bürger/innen. Dabei sollte auf die Werte Solidarität und soziale Gerechtigkeit aufgebaut werden, in denen „unglaubliche Power“ stecke. Entscheidend sei, diese Werte wieder in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu rücken und in konkrete und zuverlässige konzeptionelle Arbeit zu übersetzen. Die Zukunftswerkstatt „Demokratie und Freiheit“ der SPD verfolge genau dieses Ziel. Sie wolle Impulsgeber sein für eine gesellschaftliche Debatte um zentrale Fragen der Zukunft. Die SPD kämpfe darum, den Bürgerinnen und Bürgern mehr demokratische Mitgestaltungsmöglichkeiten zu geben und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken.

### **Aktive Verteidigung der Demokratie**

Abschließend betonte Nahles, wie wichtig es angesichts rechtsextremer Tendenzen und Aktionen ist, die Demokratie aktiv zu verteidigen. Die Zivilgesellschaft habe dabei eine zentrale Aufgabe. Nahles verdeutlichte das an einem Beispiel: Hinter Protesten gegen Moscheen stünde häufig das Bild „des Fremden“, den man nicht akzeptie-



ren und sogar vertreiben möchte. Damit sich dieses Bild nicht durchsetzt, müsse auch friedlicher ziviler Widerstand möglich sein, wie zum Beispiel in Dresden am 13. Februar 2010. Auch friedliche Blockaden gegen Rechtsextreme seien manchmal notwendig. Insgesamt unterstrich die SPD-Generalsekretärin die Notwendigkeit, das Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus weiter auszubauen und zu fördern.

Der Soziologe Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld, beschrieb den Zustand von Demokratie und Gesellschaft und die Auswirkungen der ökonomischen Krise auf den sozialen Zusammenhalt aus wissenschaftlicher Sicht.



Vortrag von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer

## **Demokratie und Gesellschaft in der Krise – Eine Zustandsbeschreibung**

„Wir haben es seit vielen Jahren mit einem Kontrollverlust der Politik und einem Kontrollgewinn des Kapitals zu tun“, so Heitmeyer. Das Kapital könne zunehmend unabhängig von politischer Einflussnahme eigene Maximen durchsetzen und agiere insofern autoritär. Das demokratische System werde zwar nicht abgeschafft, aber entleert. Dieser „autoritäre Kapitalismus“ habe auch kein Interesse an sozialer Integration, was eine Aussage des US-Publizisten Robert Samuelson verdeutliche: Samuelson hatte gesagt, es würde keinen wirtschaftlichen Fortschritt geben, wenn die Menschen um ihren Arbeitsplatz keine Angst mehr haben. Tendenzen der Desintegration sind laut Heitmeyer strukturell in die Funktionsweise des Kapitalismus eingebaut. Demokratieentleerung und soziale Desintegration stünden wiederum in einem Zusammenhang mit Rechtspopulismus.

## **Bedrohung durch die ökonomische Krise**

Die ökonomische Krise, die 2008 die Weltwirtschaft erschütterte, ist nach Auffassung von Heitmeyer ein chronisches Phänomen, das in verschiedenen Stadien verläuft. Wenn sich die Krise angesichts einer rapide steigenden Staatsverschuldung zur Fiskalkrise steigert, würde das die staatlichen Handlungsspielräume weiter einschränken und die Abgrenzung der Wohlhabenden gegenüber weniger privilegierten Gruppen immer mehr verschärfen. Insgesamt drohe die soziale Ordnung massiv unter Druck zu geraten. Mit solchen Prozessen sei ein massiver Vertrauensverlust in das demokratische System und eine Erosion von Kernnormen verbunden. Wichtige Grundprinzipien unserer Gesellschaft – Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit und Fairness – fänden in der Bevölkerung zunehmend weniger Zustimmung. Dadurch droht laut Heitmeyer eine gefährliche Erosion der demokratischen Basis.

Wie wirkt sich die ökonomische Krise auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen aus? Nach Heitmeyer ist die untere Soziallage am stärksten betroffen, doch auch die mittlere Soziallage ist in einem erheblichen Ausmaß bedroht. Über 90% der Bevölkerung gingen davon aus, dass Armut und soziale Abstiege in Zukunft deutlich zunehmen werden. Deshalb sei es von großer Bedeutung, das Thema der sozialen Integration stärker auf die politische Agenda zu setzen. Die Wut über die Folgen der Krise sei in allen Soziallagen der Bevölkerung mit Werten zwischen 85% und 95% sehr hoch. „In einem Teil der Gesellschaft mischt sich ein hohes Maß an Wut mit politischer Apathie“, warnte Heitmeyer: „Wohin sich diese Wut richtet, wird entscheidend sein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Abwertung schwacher Gruppen.“

## **Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) und soziale Desintegration**

Die repräsentativen Erhebungen des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung untersuchen das Syndrom der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF), verstanden als Abwertung, Diskriminierung und Gewalt gegen Menschen allein aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit und unabhängig vom Verhalten. Damit kommen Ausgrenzungsformen in den Blick, die nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch Homosexuelle, Langzeitarbeitslose etc. betreffen. Der Bielefelder Ansatz erklärt Phänomene Gruppenbezogener

Menschenfeindlichkeit als Effekt subjektiver Negativbilanzen im Gesamt sozialer Integration bzw. Desintegration. „Unsere These ist“, erläuterte Heitmeyer, „dass negative Anerkennungsbilanzen Mechanismen hervorrufen, durch die Andere abgewertet werden, um sich selbst aufzuwerten. Denn niemand kann ohne psychischen Schaden auf Dauer mit einem negativen Selbstbild leben.“

### Positive subjektive Anerkennung und Teilhabe

Für den sozialen Zusammenhalt bzw. die Integration einer Gesellschaft ist es demnach von großer Bedeutung, ob Voraussetzungen für positive subjektive Anerkennungsbilanzen geschaffen werden oder nicht. Der Begriff der Integration bezieht sich dabei auf das Ausmaß und die Qualität der Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen in Bereichen wie Politik, Ökonomie etc. Im Theorem der Sozialen Desintegration, das Heitmeyer gemeinsam mit Reimund Anhut in den 1990er Jahren entwickelte, sind drei Integrationsdimensionen entscheidend:

1. die Teilhabe an materiellen und kulturellen Gütern (Arbeit, Wohnung, Konsum),
2. der Ausgleich zwischen konfligierenden Interessen (soziale Gerechtigkeit, demokratisch-rechtsstaatliche Verfahren etc.),
3. die Herstellung emotionaler Beziehungen, Sinnstiftung und Selbstverwirklichung.

In jeder Dimension wird das Ausmaß der Integration in Bezug auf objektive und subjektive Faktoren erfasst. Eine gelungene gesellschaftliche Integration von Individuen und Gruppen ist dann gegeben, wenn die Teilhabe in allen drei Dimensionen gesichert ist.

### Die Gefahren des Ökonomismus und Rechtspopulismus

Vor dem Hintergrund der generellen Erosion demokratischer Werte identifizierte Heitmeyer zwei besondere Gefahrenquellen für demokratische Mentalitäten: Ökonomismus und Rechtspopulismus.

Die Ökonomisierung des Sozialen, die aus dem Kontrollgewinn des Kapitals resultiert, komme in ökonomistischen Einstellungen zum Ausdruck, die in eine Abwertung von Minderheiten oder Schwachen mündet. In einer aktuellen Studie des Bielefelder Instituts (2009) haben 30% der Befragten folgender Aussage zugestimmt: „Wir können es uns in Krisenzeiten nicht leisten, allen Menschen gleiche Rechte zu gewähren“. Knapp über 20% fanden: „In Zeiten der Wirtschaftskrise können wir es uns nicht mehr erlauben, Minderheiten besonders zu achten und zu schützen.“ Und mehr als 60% waren der Auffassung: „In Deutschland müssen zu viele schwache Gruppen mitversorgt werden.“ Solche Aussagen gehören nach Heitmeyer zu krisenbezogenen „Ideologien der Ungleichwertigkeit“, die zu einer Zunahme der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit führen können. „Wenn Menschen allein nach dem Kriterium ihrer Nützlichkeit beurteilt werden, geht es Langzeitarbeitslosen, gering qualifizierten Zuwanderern und Obdachlosen an den Kragen“, so Heitmeyer. In einer Gesellschaft, die sich nur an ökonomischen statt an sozialen Kriterien entwickelt, würden Abwertungsmechanismen gegen „Nutzlose“ in Gang gesetzt. Vor diesem Hintergrund kritisierte er auch die derzeitige Debatte um Hartz-IV-Empfänger/innen.



Der zunehmende Kontrollverlust der Politik ziehe auch eine Demokratieentleerung bis hin zu rechtspopulistischen Orientierungen nach sich. Die Entsolidarisierung der Gesellschaft werde immer mehr von einem subjektiven Gefühl politischer Ohnmacht begleitet, was häufig mit einer geringen Bereitschaft zur politischen Partizipation einhergeht. Schon in einer Befragung 2003 waren über drei Viertel der Bevölkerung der Auffassung, dass „die schnellen Entscheidungen der Wirtschaft auf Kosten unserer demokratischen Mitbestimmung gehen“, knapp über 90% meinten, „Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger“ und knapp 90% hatten das Gefühl, „die demokratischen Parteien lösen die Probleme nicht“. Heitmeyer verwies auf den Zusammenhang zwischen mangelnder sozialer Integration und rechtspopulistischen Orientierungen, die anhand der harten Faktoren Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und autoritäre Aggression gemessen werden. Das rechtspopulistische Potenzial in der Bevölkerung liege demnach zwischen 20% und 25%. Der Verlust des Vertrauens in das demokratische System sei auch deshalb besorgniserregend, weil Desintegration plus wahrgenommene Demokratieentleerung einen deutlich engeren Zusammenhang mit rechtspopulistischen Orientierungen bedeute. Das

Gefühl politischer Machtlosigkeit, verbunden mit Demokratiezweifeln und -missachtung, ist laut Heitmeyer ein harter Faktor zur Vorhersage rechtspopulistischer Orientierungen.

### Fazit: Deutsche Zustände

Zusammenfassend hielt Heitmeyer folgende Tendenzen fest: Ängste vor sozialem Abstieg und steigender Armut, aber auch Wut über die Folgen der ökonomischen Krise sind in der Bevölkerung weit verbreitet. Zugleich steigt sowohl die Orientierungslosigkeit wie auch das Gefühl politischer Machtlosigkeit. Deutlich wird eine Erosion der Kernnormen, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wesentlich sind (Solidarität, Gerechtigkeit, Fairness). Zudem steht der Grundwert, dass alle Menschen eine gleiche Wertigkeit haben, vor der Aufkündigung. Trotz eines starken Bedürfnisses nach Veränderung verharret ein großer Teil der unteren, aber auch der mittleren Soziallagen in einer „wutgetränkten Apathie“. Angesichts dieser Gemengelage besteht die Gefahr, dass die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stark zunehmen wird. Rechtspopulistische Orientierungen sind bereits in allen Soziallagen vorhanden.





## Für ein demokratisches und soziales Miteinander!

### Welche Werte können wie in unterschiedlichen Politikfeldern umgesetzt werden?

Im Anschluss an die Bestandsaufnahmen aus der Sicht von Politik und Wissenschaft wurde in drei Arbeitsforen diskutiert, welche Werte mit Blick auf das jeweilige Politikfeld für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen Ausgrenzung und Rassismus wegweisend sein sollten und was dies für konkrete Politik bedeutet. Eingangs gaben jeweils ein Akteur aus Politik und Zivilgesellschaft einen kurzen Impuls für den Austausch.

Die Impulse von *Dr. Carsten Sieling* (MdB, Mitglied im Finanzausschuss) und *Prof. Dr. Claudia Neusüß* (Technische Universität Berlin) waren von der Haltung getragen, dass die Ziele des Wirtschaftens – im Vergleich zu den letzten beiden Dekaden – deutlich verändert werden müssten, wenn künftig eine ökonomische Krise wie die gegenwärtige verhindert werden solle.

Mit Blick auf die von Prof. Heitmeyer dargelegten Zusammenhänge betonte *Dr. Carsten Sieling* die Bedeutung der Wirtschafts- und Finanzpolitik für die Bekämpfung gesellschaftlicher Desintegration sowie Demokratieentleerung und damit auch des Kerns von Rechtsextremismus. Im Bereich Wirtschaft und Finanzen müsse ein Paradigmenwechsel hin zu mehr Langfristigkeit und Nachhaltigkeit eingeleitet werden. Eine einmalige Bankenabgabe sei im Sinne der Beteiligung an den Kosten der Finanzkrise zwar angemessen, aber lediglich eine kurzfristige Maßnahme. Strukturell wirksam wäre dagegen eine Finanztransak-

tionssteuer, die ein an schnellen Gewinnen ausgerichtetes Verhalten negativ sanktioniere. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, müsse auch der Auseinanderentwicklung von Gewinnen und Einkommen durch die Steuerpolitik entgegengewirkt werden. Die SPD-Beschlüsse zur Vermögenssteuer gingen hier in die richtige Richtung, sollten aber durch eine angemessene Spitzenbesteuerung ergänzt werden. Schließlich warb Sieling dafür, die Vereinnahmung des Leistungsbegriffs durch Konservative und Liberale nicht hinzunehmen. Die Arbeiterbewegung habe für die Anerkennung von Leistungen gerungen, daher sollten sich SPD, Gewerkschaften und die Linke diesen Begriff wieder aneignen.

*Prof. Dr. Claudia Neusüß* stellte fest, dass der Wert gesellschaftlicher Verantwortung an den Hochschulen – und damit in der Ausbildung der zukünftigen Fach- und Führungskräfte – bestenfalls punktuell und kaum verbunden Gegenstand der Ausbildung sei. Innovationen für die komplexen Herausforderungen der Zukunft erforderten jedoch das Gegenteil, nämlich das systematische Zusammenwirken aller gesellschaftlicher Akteure aus Unternehmen, Wissenschaft, Politik sowie ökologischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen. Gegenwärtig seien die Hochschulen aber noch durch Versäulung und mangelnde Vernetzung gekennzeichnet. Auch der Bologna-Prozess und die Exzellenzinitiative förderten letztlich Verschulung und Spezialisierung anstelle der notwendigen Reflexivität, Inter- und Transdisziplinarität. Mit dem Konzept des Social Entrepreneurship versucht Neusüß, bereits in der Ausbildung das notwendige Wissen, aber auch die erforderlichen Motivationen und Kompetenzen zu fördern, um die Basis für eine Umorientierung in der Wirtschaft zu legen. Es müsse darum gehen, sozial verantwortliches unternehmerisches Handeln jenseits von



Marktliberalisierung und Gewinnmaximierung, also demokratische Motoren auch innerhalb der Wirtschaft langfristig zu verankern.

Die Diskussion kreiste vor allem um die Frage, was der Einzelne und die verantwortlichen Akteure konkret tun können, um den notwendigen Paradigmenwechsel in der Ökonomie zu befördern. Wichtig war aber auch die Frage, welche Möglichkeiten angesichts eines globalisierten Marktes bestehen, um allgemeine Regulierungsmechanismen im Bereich von Wirtschaft und Finanzen zu verankern.

### **Bildung: Die Menschen stärken und Anerkennungskultur fördern**

*Dr. Ernst-Dieter Rossmann* (MdB, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung) und *Susann Rührich* (Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen) thematisierten in ihren Impulsen den Beitrag von Schule und Bildung zur gesellschaftlichen Integration und forderten eine bessere finanzielle Ausstattung und höhere Anerkennungskultur für Lehrende und Lernende.

*Dr. Ernst-Dieter Rossmann* bezog sich in seinem Beitrag auf eine Forderung des Erziehungswissenschaftlers Hartmut von Hentig: „Die Menschen stärken, die Sachen klären.“ Aus dem Ziel, die „Menschen zu stärken“, ergebe sich als konkrete Anforderung an Bildungsprozesse, persönliche Stärken der Lernenden zu entdecken und zu fördern, aber auch Schwächen zu akzeptieren, so Rossmann. Dies erfordere von der Politik, starke Schulen zu schaffen, zu denen alle Kinder gleichen Zugang haben. Staatliche Schulen dürften in ihrer Ausstattung und ihrem Betreuungsangebot nicht hinter Privatschulen zurückbleiben,

wenn das Bildungssystem integrativ, nicht trennend wirken solle. Auch Ganztagschulen und interkulturelles Lernen wirkten integrierend. Neben einer angemessenen finanziellen Ausstattung sei auch eine höhere Anerkennungskultur für Pädagog/innen inklusive hochqualifizierter Aus- und Fortbildung vonnöten. „Die Sachen zu klären“ beinhalte unter anderem, über Rechtsextremismus und Intoleranz umfassend aufzuklären. Entsprechend ist es nach Rossmann von großer Bedeutung, dass Kinder und Jugendliche Anerkennung und Wertschätzung erfahren und lernen, mit Verschiedenheit umzugehen.

*Susann Rührich* berichtete aus der praktischen Arbeit mit so genannten sozial benachteiligten, mehrheitlich deutschen Jugendlichen in Sachsen. Eine wichtige Erkenntnis sei, dass bei dieser Zielgruppe Anti-Rassismuarbeit allein zu kurz greifen kann, um das demokratische Miteinander zu fördern. Entscheidend sei vielmehr, Desintegrations- und Abwertungserfahrungen der Jugendlichen ernst zu nehmen. So empfinden es viele Jugendliche beispielsweise als Stigma, keinen regulären Ausbildungsplatz bekommen zu haben. Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) setzt mit zahlreichen Kooperationspartnern demokratiefördernde Bildungsarbeit an Schulen und Ausbildungseinrichtungen um. Ziel der Arbeit ist es, Rassismus, Diskriminierung und Vorurteile abzubauen. Das NDC begleitet die Jugendlichen während ihrer Ausbildung und wirkt darauf hin, ihre Kompetenzen in den Bereichen Antirassismus, Diversity, Sozialverhalten und Demokratie zu stärken. Auch Rührich betonte, dass die professionelle Vermittlung von Kompetenzen ausreichende finanzielle Mittel und Kontinuität benötigt. Dies müsse von politischer Seite auch in den entsprechenden Ausschreibungen berücksichtigt werden.



In der Diskussion wurde betont, dass sowohl eine gute finanzielle Ausstattung der Bildungssysteme als auch eine höhere Anerkennung von Lehrenden und Lernenden unmittelbar gesellschaftliche Integration bzw. Desintegration bewirken kann. Bildungsinvestitionen könnten darüber hinaus unmittelbar gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bzw. Rechtsextremismus wirksam werden, weil die Neigung, andere Menschen abzuwerten, mit höherem Bildungsgrad abnehme.

### **Arbeit und Soziales: Sozial ist, was gute Arbeit schafft!**

Nach wie vor leben wir in einer Arbeitsgesellschaft, weshalb der Zugang zu guter Arbeit die zentrale Voraussetzung gesellschaftlicher Integration und Anerkennung ist, so die gemeinsame Grundlinie der Impulse von *Katja Mast* (MdB, Stellv. Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales) und *Wolfgang Uellenberg-van Dawen* (Bereichsleiter Politik und Planung, ver.di Bundesverwaltung).

Als Aufgaben der Politik formulierte *Katja Mast*, den Zugang zur Arbeit zu gewährleisten sowie in Form von guter Arbeit eine menschenwürdige Qualität derselben und Arbeitsschutz zu garantieren. Ein wichtiger Aspekt sei zudem, dass der Erwerblohn zur Finanzierung des Lebens ausreichen muss. In der Lebenslaufperspektive sollten Arbeit, Bildung und Weiterbildung so miteinander verzahnt werden, dass der Eintritt ins Arbeitsleben nicht nur nach der Ausbildung, sondern immer wieder im Verlauf des Lebens möglich ist. Insbesondere langfristige Arbeitslosigkeit müsse durch gezielte Qualifizierungsmaßnah-

men verhindert werden. Mast wies darauf hin, dass die Ausweitung von Leiharbeit kein Ziel der SPD und auch nicht der Agenda 2010 gewesen sei.

*Wolfgang Uellenberg-van Dawen* stellte fest, dass die Arbeiterjugend heute multikulturell sei. Darum müsse den Zukunftsperspektiven dieser Jugend große Aufmerksamkeit gewidmet und gemeinsames interkulturelles Lernen zur Überwindung von rassistischen Zuschreibungen gefördert werden. Er betonte zunächst grundlegende Rechte, die jedem Menschen zustehen: das Recht auf Arbeit, das Recht, frei von Not und Armut zu leben, aber auch das Recht auf stabile Lebensverhältnisse. Entsprechend habe der Staat die Aufgabe, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen und politische Prozesse auf der Basis gleicher Partizipationsmöglichkeiten zu gestalten. Seiner Erfahrung nach sei Rechtspopulismus vor allem dort zu finden, wo Menschen sich ausgegrenzt und nicht ernst genommen fühlten. Als wichtige individuelle Werte zur Stärkung der Demokratie benannte Uellenberg-van Dawen die Fähigkeit, das eigene Selbstverständnis zu klären sowie eigene Interessen zu vertreten und die Interessen anderer ernst zu nehmen. Darüber hinaus sei es sehr wichtig, Solidarität zu erleben und gemeinsam mit anderen umzusetzen.

Die anschließende Diskussion konzentrierte sich auf das Thema Gerechtigkeit. Wichtig sei Verteilungsgerechtigkeit, zum Beispiel über einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und gleichen Lohn für gleiche Arbeit von Frauen, aber auch Chancengerechtigkeit im Bildungssystem sowie Generationengerechtigkeit.





## „... und raus bist Du!“ Gesamtgesellschaftliche Schritte zu mehr Integration und Demokratie

Teilnehmer/innen der Diskussion:

*Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer*, Universität Bielefeld

*Frank Jansen*, Journalist, Der Tagesspiegel

*Ulrike Mascher*, Präsidentin des Sozialverbandes  
VdK Deutschland

*Beatrix Spreng*, Pfarrerin der Evangelischen  
Kirchengemeinde in Joachimsthal

*Prof. Götz Werner*, Interfakultatives Institut für  
Entrepreneurship, Universität Karlsruhe (TH)

Die Teilnehmer/innen des Abschlusspodiums beschrieben Schritte zu mehr Integration und Demokratie vor dem Hintergrund ihrer unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen.

### Voraussetzungen für gleiche Teilhabechancen schaffen

Auf die Frage der Konferenz, was unsere Gesellschaft zusammenhält, antwortete *Prof. Götz W. Werner*: „Es ist unsere gemeinsame kulturelle Vergangenheit der Aufklärung mit ihren Werten Freiheit, Gleichheit und – heute würden wir sagen: Geschwisterlichkeit.“ Seit der Formulierung dieser Ideale habe man sich bemüht, diese in Realitäten zu überführen. Doch zeigten sich noch deutliche

Defizite: Nicht jeder verfüge über die notwendige individuelle Freiheit, um sein Leben selbstbestimmt führen zu können. Hier könnte das bedingungslose Grundeinkommen eine Lösung sein, so Werner, da sich dadurch die individuellen Freiräume und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten deutlich erhöhen würden. Auch die Umsetzung des Wertes der Gleichheit sei an vielen Stellen noch verbesserungswürdig. So gebe es zum Beispiel noch zahlreiche Strukturen der Privilegierung im Schulsystem, aber auch auf dem Arbeitsmarkt: Auf einem Markt, auf dem „die einen müssten und die anderen dürften“, herrsche keine echte Vertragsfreiheit. Wirkliche Kooperation von Gleichen beruhe jedoch auf dem Einbringen von Fähigkeiten aus freiem Willen. Schließlich sei auch der Wert der Geschwisterlichkeit noch nicht ausreichend verwirklicht, was durch ein bedingungsloses Grundeinkommen verbessert werden könne: „Weil du mein Bruder, weil du meine Schwester bist, hast du den gleichen Anspruch auf einen Teil am Ganzen wie ich.“

### Ehrenamtliches Engagement fördern

Die Pfarrerin *Beatrix Spreng* gab anschauliche Beispiele dafür, wie ein lebendiges Gemeindeleben ganz entscheidend zur Integration beitragen kann. Als sie vor vielen Jahren mit ihrer Arbeit begann, war die Situation in der Gemeinde desolat: Es gab kaum Ausbildungs- und Arbeitsplätze, die Menschen waren perspektivlos und nicht bereit, sich für irgendetwas zu engagieren. Die meisten hätten ihre Zeit überwiegend vor dem Fernseher verbracht und seien mit ihren Kindern nicht einmal mehr in



den Wald gegangen. Konkret an dieser Stelle habe sie dann mit dem Kindergartenprojekt angesetzt: Es wurde ein Garten angelegt, der allen auch die Schönheit des eigenen Ortes vor Augen führen sollte. Dieses Prinzip habe sie dann auf andere Bereiche übertragen, auch auf ihr Engagement gegen Rechtsextremismus: „Für uns ist die Vermittlung von Anerkennung und eines positiven Selbstbildes zentral. Im Grunde geht es immer wieder darum, Menschen das Gefühl zu geben, dass sie wer sind, dass sie Talente haben, den Jugendlichen Lust aufs Leben zu machen.“ Bald gab es mehrere Bands in der Gemeinde, in denen die Jugendlichen den Umgang mit Konflikten lernen konnten, aber auch Zuverlässigkeit und Rücksichtnahme. Mit dieser grundlegenden Arbeit könne die Kirche einen großen Beitrag zur Rechtsextremismusprävention leisten: Durch ehrenamtliches Engagement, sei es politisch oder sozial, können die Menschen ein Selbstwertgefühl aufbauen und wichtige Anerkennung erfahren. Allerdings sei die chronische Unterfinanzierung von projektbezogener kirchlicher Gemeindegarbeit ein großes Problem. Obwohl sie für diese Arbeit viel öffentliche Anerkennung bekomme, scheiterten Projektanträge doch noch viel zu oft an bürokratischen Vorschriften. Von der Politik wünscht sie sich deshalb eine Regelfinanzierung für solche Initiativen auf kommunaler Ebene, die einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration leisten.

### Empathie mit den Opfern stärken

Vor dem Hintergrund seiner 20-jährigen journalistischen Tätigkeit zum Thema Rechtsextremismus beschrieb *Frank Jansen* eine beunruhigende Konstante in der Haltung der Bevölkerung: Trotz aller Fortschritte der Initiativen gegen Rechtsextremismus sei es immer wieder erschreckend, „dass in großen Teilen der Bevölkerung ein Mangel an

Empathie mit den Opfern vorherrscht, der rechte Schläger ermuntert.“ In 90 % der von ihm recherchierten Fälle hätten Anwohner/innen nach Angriffen auf Schwarze, Migrant/innen, Punks, Linke, Asylsuchende kein Mitleid mit den Opfern gezeigt, sondern diesen selbst die Schuld an Diskriminierung oder gewalttätigen Übergriffen gegeben: „Was sucht der auch nachts hier auf der Straße ...“, „... der hat unsere Mädchen angemacht“, „... kein Wunder, bei der Frisur“, so eine kleine Auswahl aus der Palette entsprechender Äußerungen. Exemplarisch schilderte er einen Stimmungsumschwung in Solingen, der die von Prof. Heitmeyer beschriebenen Desintegrationseffekte gut illustrieren könne. Nach dem Brandanschlag 1993 auf das Haus der Familie Genc mit fünf Toten war eine große Welle der Anteilnahme in der Solinger Bevölkerung zu beobachten. Als Jansen dann zehn Jahre später noch einmal Solingen besuchte, glaubte er, „in einer anderen Stadt zu sein“. 2003 erzählten ihm die Anwohner, der Familie Genc werde alles hinterher geworfen, sie müsste im Supermarkt nicht bezahlen und hätte ein Haus mit Swimmingpool bekommen. Ein Mitglied der Familie berichtete von Diskriminierungserfahrungen. Der Solinger Bürgermeister hatte zwar versucht, die Gerüchte durch ein Interview in der Lokalzeitung zu zerstreuen, jedoch ohne Erfolg. Das Beispiel verdeutlicht nach Jansen eine gefährliche Tendenz, die sich unter den Bedingungen einer ökonomischen Krise – etwa steigender Inflation und Arbeitslosigkeit – noch weiter verschärfen werde.

### Vorurteile gemeinsam bekämpfen

„Der Lack unserer Gesellschaft ist dünn“, meinte *Ulrike Mascher* mit Blick auf mehr oder weniger unterschwellige Ressentiments gegen verschiedene Gruppen. Aus ihrer Sicht hat sich zum Beispiel der Diskurs über Alte und Arbeitslose in den letzten Jahren verändert. „Alte werden in



Talkshows als gierige Generation dargestellt, die den Jungen die Chancen nehmen.“ Viele alte Menschen empfänden solche Darstellungen als krasse Abwertung ihrer Lebensleistung. Vorurteile würden auch gegen Arbeitslose geschürt, die angeblich in der sozialen Hängematte lägen. Es werde suggeriert, dass es allen in Deutschland besser ginge, wenn auf Sozialleistungsbezieher/innen mehr Druck ausgeübt wird, eine Arbeit anzunehmen. Mascher appellierte an Politiker/innen und Journalist/innen, nicht an der öffentlichen Verbreitung von Vorurteilen mitzuwirken. Als Frage stellte sie in den Raum, warum positive persönliche Erfahrungen oft nicht stark genug sind, um Ressentiments zu entkräften. So hätten zum Beispiel viele alte Menschen gute persönliche Erfahrungen mit Menschen mit Migrationshintergrund gemacht und dennoch häufig negative Vorstellungen über Migrant/innen. In jedem Fall seien Ressentiments in der Bevölkerung weit verbreitet, die sich unter bestimmten Bedingungen leicht gegen eine gesellschaftliche Gruppe gelenkt werden können: „Das trifft immer die Schwachen: Ausländer, Rentner, Jugendliche, man kann das beliebig ausdehnen.“

## Offener Dialog auf Augenhöhe

Prof. Götz Werner ermunterte zu einem voraussetzungslosen und ergebnisoffenen gesellschaftlichen Diskurs über neue Ideen. Aus persönlicher unternehmerischer Erfahrung könne er sagen, dass das größte Innovationshemmnis darin bestehe, zu meinen, man wisse schon alles. Darunter litten alle Parteien und auch die Bürger/innen. Wichtig sei es deshalb, im Dialog mit den Bürger/innen auch neue Ideen zuzulassen und in konstruktive Lösungen umzusetzen.

*Prof. Heitmeyer* mahnte an, vom Wert der Toleranz zu einer Kultur der gegenseitigen Anerkennung zu kommen. Dringend notwendig sei ein Dialog auf Augenhöhe,

an dem sich alle Mitglieder der Gesellschaft beteiligen können. Wechselseitige Anerkennungsprozesse liefen immer auch konflikthaft ab. Dies zu akzeptieren, falle häufig noch schwer, sei aber ein weiterer wichtiger Lösungsschritt zu mehr Integration, denn: „Gemeinsam durchgestandene Konflikte organisieren Zusammenhalt.“

*Zur Autorin:*

*Katrin Reimer ist Diplompsychologin und hat ihre Promotion zu Diversity-Pädagogik verfasst. Sie arbeitet für die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (mbr) und in der Politischen Bildung. Derzeit leitet sie ein Xenos-Projekt bei Arbeit und Leben Sachsen-Anhalt e.V.*

Das **Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“** im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet kontinuierlich Veranstaltungen, Publikationen und Seminare zu aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und zu effektiven Gegenstrategien an.

Die **Publikationsreihe „Impulse gegen Rechtsextremismus“** bündelt die wichtigsten Ergebnisse unserer Veranstaltungen. Sie wird ergänzt durch die **Publikationsreihe „Expertisen für Demokratie“**, welche ausgewählte Fachbeiträge zu aktuellen Fragestellungen aus der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dokumentiert.

Wenn Sie auch zukünftige Ausgaben der „Impulse gegen Rechtsextremismus“ erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten an [forum.rex@fes.de](mailto:forum.rex@fes.de).

Mehr Informationen zu der Veranstaltung und der Arbeit der FES für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie unter [www.fes-gegen-rechtsextremismus.de](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de) oder erhalten Sie gerne bei Nora Langenbacher ([Nora.Langenbacher@fes.de](mailto:Nora.Langenbacher@fes.de)).

*Dieses Projekt wird gefördert aus Mitteln der DKLB-Stiftung.*